Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,150.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 46. Freitag den 15. Februar 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Auf Antrag des Herrn Stadtbezirksarztes verfügen wir hiermit, daß die **Leichen** aller in hiesiger Stadt **an Diphtheritis Verstorbenen** innerhalb **zwölf Stunden** nach erfolgtem Tode **nach den Leichenhallen** des betreffenden Friedhofes **zu überführen** sind.

Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß **Kleidungs- und Wäschestücke von Kranken** im hiesigen Krankenhause **zur Desinfection** mittels des daselbst aufgestellten Schimmel'schen Desinfectionsapparates **angenommen** werden, und empfehlen die Benutzung dieser Einrichtung, indem wir zugleich folgende **Bedingungen** hierfür festsetzen:

1) Die **Annahme** der zu desinficirenden Gegenstände erfolgt **im Krankenhause** auf Anmelden bei dem Pförtner in den Stunden von **Vormittags 10—12 Uhr** und **Nachmittags 3—5 Uhr.**

2) Wer zu desinficirende Gegenstände einbringen will, kann hierzu aus den Vorräthen des Krankenhauses einen **Kleiderbeutel** entleihen, in welchen er **selbst** die Gegenstände zu verschließen, und aus dem er **selbst** sie nach beendigtem Reinigungsprocesse wieder herauszunehmen hat. Soweit Kleiderbeutel der Anstalt nicht benutzt werden, sind zu Vermeidung der Uebertragungsgefahr beim Transporte die inficirten Gegenstände, **ohne daß sie geschüttelt oder abgestäubt werden dürfen,** in einen **durchfeuchteten zu einem Bündel zusammen zu schnürenden** Bettlaken zu packen, und so nach dem Krankenhause zu bringen. **Es ist dann ein specielles Verzeichniß** der Gegenstände beizufügen, auf Grund dessen von dem die Sachen übernehmenden Angestellten des Krankenhauses ein Empfangsbekenntniß ertheilt wird, welches bei der Abholung der Sachen zurückzugeben ist.

Jedenfalls aber, **— also auch im Falle der Benutzung von Kleiderbeuteln der Anstalt, —** sind **Bekleidungsstücke von Leder und Pelzwerk, sowie Mützen und Hüte** in deutlich erkennbarer Weise **von den anderen Gegenständen getrennt zu halten.**

3) Für die Desinfection wird eine der Anzahl und dem Umfange der zu desinficirenden Gegenstände entsprechende **Gebühr** erhoben, welche, wenn der ganze Wagen des Desinfectionsapparates mit den Gegenständen beschickt wird, **fünf Mark** beträgt, andernfalls im Verhältniß **zu dem benutzten Wagenraume, niemals aber unter dem Betrag von 50 ₰** berechnet wird.

Unentgeltliche Desinfection wird nur dann gewährt, wenn den zugebrachten Sachen ein kurzer Vermerk des behandelnden Arztes bez. des betreffenden Armenarztes beigefügt ist, welcher bekundet, daß die Gegenstände von einer mit einer **ansteckenden** Krankheit behaftet gewesenen, **in Leipzig wohnhaften** Person herrühren und Mittellosigkeit vorliegt.

Als ansteckende Krankheiten werden angesehen: Pocken, Scharlach, Masern, übertragbare Hautausschläge (Krätze), Rose, Diphtheritis, Kindbettfieber, Blutvergiftungen (Pyaemieen), Syphilis, Rotz, Flecktyphus, Unterleibstyphus, Rückfallsfieber, Cholera, Ruhr, epidemische Hirn- und Rückenmarkentzündung, Keuchhusten, Milzbrand, Wuthkrankheit, ansteckende Krankheiten der Lungen (Tuberculose) und der Augen (egyptische Augenkrankheit, blennorhöe).

Leipzig, den 8. Februar 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Dr. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Bei dem hiesigen Stadtorchester, welches den Dienst in Kirche, Gewandhaus und Stadttheater zu versehen hat, soll zum 1. Mai dieses Jahres die Stelle eines Aspiranten für **1. Violine** mit dem Jahresgehalt von 1000 ℳ und mit beiderseitiger halbjährlicher Kündigung besetzt werden.

Geeignete Bewerber, welche sich einem Probespiel zu unterziehen haben, wollen ihre Gesuche event. mit Zeugnissen bis spätestens zum

15. April dieses Jahres

bei uns einreichen.

Leipzig, den 21. Januar 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wilisch, Aff.

Erledigt

hat sich die am 1. hujs. erlassene Bekanntmachung, den Handarbeiter

Carl Gustav Louis Heine

betr., durch dessen Gestellung.

Leipzig, am 6. Februar 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Dolge.

Nichtamtlicher Theil.

Aufstandsgerüchte aus Kreta.

* Wir hatten schon einmal Gelegenheit zu bemerken, daß der europäische und außereuropäische Orient mit seinen vielfachen politischen Fragen und Verwickelungen einem zerklüfteten Vulcane gleiche, der niemals ganz zur Ruhe kommt. Mag der politische Horizont unseres Welttheils auch noch so ruhig und klar scheinen, so wird diese Wahrnehmung im Hinblick auf den Orient mehr oder minder immer nur auf einer optimistischen Täuschung beruhen. Aus dem morgenländischen Krater steigt unablässig Rauch auf und diesem beunruhigenden Anzeichen kann wieder plötzlich ein gewaltiger Ausbruch folgen, welcher die politischen Verhältnisse Europas zu erschüttern vermag. Diese Erscheinung wird eben so lange dauern, als der Türke in Konstantinopel haust und nicht mit seinem unserer Civilisation gänzlich widerstreitenden religiösen, politischen und socialen Wesen nach seiner asiatischen Heimath zurückgedrängt ist. Dieser Anschauung in den politisch-staatlichen Verhältnissen des Orients ist allerdings nur noch eine Zeitfrage, aber so lange sie nicht völlig gelöst ist, kann von einer dauernden Ruhe im europäischen Osten nicht die Rede sein. Dieser Meinung sind auch jedenfalls die in großen politischen Fragen maßgebenden Cabinete, weil sie thatsächlich im Laufe der Zeit die Türkenherrschaft im Orient fortwährend beschränkt und verschiedene Auskunftsmittel angewendet haben, um die christlich-orientalische Bevölkerung vor dem asiatisch-mohamedanischen Drucke zu beschützen. Diese Politik der europäischen Mächte geht aber im Orient nur schrittweise und in langen Pausen vor, weil es in der Natur der Diplomatie liegt, große politische Fragen nicht zu überstürzen, sondern sie nur allmälig ihrer Lösung zuzuführen.

Unter solchen Umständen kann man sich aber nicht sehr verwundern, wenn manchen, noch von dem Türkenjoche bedrückten christlichen Völkerschaften des Orients jene Lösungsfrist etwas zu lange dauert; da ist dann von der Ungeduld zu einem gewaltsamen Ausbruche oft nur ein Schritt.

Seit wenigen Tagen wissen von einem solchen Ausbruche englische Blätter zu berichten, nach denen auf der Insel Kreta ein Aufstand gegen die türkische Herrschaft stattgefunden hätte. Weitere sichere Nachrichten liegen zwar bis zur Stunde über diese Londoner Meldung noch nicht vor, aber im Hinblicke auf die politische Lage der Dinge auf Kreta scheint dort eine aufständische Bewegung keineswegs ganz ausgeschlossen zu sein.

Die hellenisch-christlichen Vertreter im kretensischen Provinzialrathe beharren nämlich schon fast ein Jahr lang in einem passiven Widerstande gegen die türkische Regierung, weil diese die Beschlüsse des Provinzialrathes nicht bestätigen will, ja die christlichen Grundbesitzer der Insel verweigern sogar die Bezahlung gewisser Steuern, zumal die des Wakufzehents, weil der Provinzialrath Kretas dieselben verworfen hat. Die Pforte beauftragte zwar ihre Finanzbeamten, die rückständigen Steuern gewaltsam beizutreiben, aber wie es eben der türkischen Regierung mit vielen ihrer Anordnungen zu ergehen pflegt, blieb auch jene unausgeführt. Die türkischen Executoren wurden auf Kreta wiederholt mit blutigen Köpfen heimgeschickt und da man in Konstantinopel die Dinge nicht auf die Spitze treiben und einen neuen hellenischen Conflict heraufbeschwören wollte, so ließ man bis zur Stunde die kretensischen Steuerverweigerer gewähren.

Dazu kam noch in neuester Zeit der Konstantinopeler Patriarchenstreit, in welchem die Kretenser so entschieden für den Patriarchen eingetreten sind, daß sie vor etwa sechs Wochen in einem Telegramme an ihren in Konstantinopel weilenden General-Gouverneur Photiades Pascha geradezu mit Revolution drohten, falls die Pforte nicht nachgeben und dem Kirchenconflicte ein Ende machen würde. Wie damals Berichte aus Kreta meldeten, bestand jene Drohung keineswegs aus bloßen Worten, sondern die Bevölkerung bereitete sich thatsächlich zu einem Aufstandsversuche vor. An Brandstoff fehlt es also auf der Insel durchaus nicht, weshalb es immerhin möglich wäre, daß dort eine gegen die Türken gerichtete revolutionaire Bewegung stattgefunden hätte. Der Aufstand könnte auch ein Werk des in Athen thätigen hellenischen Actions-Comités sein, welches, wie man in Konstantinopel erfahren haben will, gerade in der Jüngstzeit sich auffällig viel zu schaffen macht. Auch darf man nicht unbeachtet lassen, daß die griechischen Staatsmänner und Politiker schon lange ganz nachdrückliche Ansprüche auf die Erwerbung Kretas erheben, welche sie aus dem Berliner Vertragsprotokolle ableiten wollen, in welchem Griechenland eine festländische Grenzberichtigung in Aussicht gestellt wurde.

Die nächsten Tage dürften uns über die Vorgänge auf Kreta wohl jedenfalls nähere Aufschlüsse bringen.

Leipzig, 15. Februar 1884.

* Der Reichstag wird, wie nunmehr officiös verlautet, zum 4. März einberufen werden.

* Wie man hört, ist eine Vorlage wegen Herabsetzung der Rechtsanwaltsgebühren in Vorbereitung.

* Die nationalliberale Fraction des preußischen Abgeordnetenhauses feierte am Dienstag das fünfundzwanzigjährige parlamentarische Jubiläum des Abg. von Benda durch ein zahlreich besuchtes Festmahl im „Kaiserhof“, wobei es an ernsten und heiteren Ansprachen nicht fehlte. Abg. Hobrecht brachte das Hoch auf den verehrten Jubilar aus, indem er an die politische Lage zu jener Zeit, als Herr von Benda zuerst in das öffentliche Leben eintrat, erinnerte und in kurzen Zügen ein Bild von der Wirksamkeit des Gefeierten und der von ihm fest und treu vertretenen politischen Richtung bei der neueren Entwickelung unserer staatlichen Zustände entrollte. Mit bewegten Worten dankte Herr von Benda. Er warf einen Rückblick auf sein politisches Leben und erörterte die heutigen Aufgaben und Ziele der Partei eines gemäßigten Liberalismus, deren Anhänger er in seiner ganzen politischen Wirksamkeit unter vielfach wechselnden Zeitströmungen gewesen. Unter den zahlreichen folgenden Trinksprüchen sei noch der des langjährigen Wahlmanns des Jubilars, des Abg. Gärtner, erwähnt, der auf das beglückte häusliche Leben des Gefeierten hinwies und der Familie desselben sein Glas darbrachte. Für die Rüstigkeit und Pflichttreue des Jubilars ist es bezeichnend, daß er alsbald nach Schluß der Tafel das Präsidium in einer Sitzung der Budgetcommission führte.

* Nach einer Meldung aus Sofia ist das vom Fürsten Alexander gezeichnete und vom Minister-Präsidenten Zankow contrasignirte Decret erschienen, wodurch der Generalmajor im Generalstabe der russischen Armee, Fürst Cantacuzene, in Gemäßheit des Artikels 153 der Verfassung und des Artikels 1 der russisch-bulgarischen Militair-Convention in den Verband der bulgarischen Armee aufgenommen und zum Kriegsminister ernannt wird. General Fürst Cantacuzene ist am 9. d. M. in Sofia eingetroffen.

* Während der „Moniteur de Rome“ mit der telegraphisch signalisirten Analyse der päpstlichen Encyklika an die Bischöfe noch nicht vorliegt, enthält der Pariser ultramontane „Monde“ bereits einen längeren Auszug aus der jüngsten Kundgebung Leo's XIII. Wenn dieselbe aber unzweifelhaft eine versöhnlichere Gesinnung gegenüber dem französischen Gouvernement zur Schau trägt, so wird doch dadurch zugleich von neuem erhärtet, wie der moderne Staat durch die ganze Weltanschauung vom Vatican getrennt wird. Daß Leo XIII., um die wohlwollenden Gesinnungen des Papstthums für Frankreich zu bekunden, bis auf Innocenz III. und Gregor IX. zurückgreift, kann bei den Neigungen des Vaticans für alles Veraltete nicht überraschen. In der Encyklika heißt es dann aber weiter: „Als der französische Geist, durch neue Meinungen vergiftet, die Autorität der Kirche verwarf und die Zügellosigkeit predigte, sah man Frankreich seinem Untergange zueilen. Das Gift der schlechten Lehren durchdrang die Sitten, und die Feindseligkeit ging so weit, einen Bruch mit der Ordnung der christlichen Einrichtungen zu vollziehen. Man sah damals die auflösende Thätigkeit der Sophisten und Philosophen des vorigen Jahrhunderts wieder aufgenommen und durch die heutigen Sectirer fortgesetzt.“ Sobald der authentische Text der päpstlichen Encyklika vorliegt, wird sicherlich in noch höherem Grade deutlich werden, daß die römische Curie sich nur durch taktische Erwägungen bei ihrem gegenwärtigen Verhalten Frankreich gegenüber leiten läßt.

* Wie die „Patrie“ meldet, sind außer den Niedermetzelungen in Thanhoa noch andere Gewaltthätigkeiten gegen Christen in Anam vorgekommen. So meldet der Bischof Gaspar, apostolischer Vicar des nördlichen Cochinchina, daß schreckliche Metzeleien in der Umgegend von Hue geschehen, mehrere Christen-Niederlassungen zerstört und mehr als fünfzig Christen umgebracht worden seien. Durch hochgestellte Mandarinen gedungene Banden zögen durch das Land mit dem Rufe: „Tod den Christen, Tod den Franzosen!“ wobei sie plünderten und mordeten. Das Vicariat im östlichen Cochinchina laufe gleiche Gefahr. Die Christen in der Umgegend von Turane verließen die Dörfer und begaben sich nach Quinhon, wo sie Franzosen anzutreffen hofften. — Der „Temps“ versichert, die telegraphische Verbindung mit Tonkin werde bald fertiggestellt sein.

* Sinkat ist also gefallen und Tewfik Pascha, der Commandant der dortigen befestigten Stellung, ist bei einem Ausfalle mit der ganzen Besatzung von den Aufständischen niedergemacht worden. Tewfik Pascha hat sich sowohl während der Vertheidigung von Sinkat, als auch durch die Art und Weise, wie er sich schließlich, als der Platz nicht mehr zu halten war, benahm, ein ruhmreiches Andenken gesichert. Bevor er Sinkat räumte, ließ er die Befestigungen in die Luft sprengen und die Kanonen vernageln. Mit dem Versuche, sich mit seinen 600 Soldaten durchzuschlagen, ging er dem sicheren Tode entgegen. Obwohl der Fall von Sinkat, welches auf etwa 84 Kilometer Entfernung von Suakim die Handelsstraße nach Berber über die Hochwüste beherrscht, nach Baker's Niederlage jeden Tag erwartet werden mußte, so scheint die Nachricht in Londoner Regierungskreisen doch einen sehr lebhaften Eindruck gemacht zu haben. Ein sofort zusammengetretener Ministerrath soll die Absendung englischer Truppen nach Suakim beschlossen haben.

* Der Kampf um die Existenz des Ministeriums Gladstone ist im Gange. Die Opposition eröffnete denselben unter dem die Wucht ihres Angriffs noch ganz bedeutend verstärkenden Eindrucke des Falles von Sinkat. Im Oberhause führte Earl Granville, im Unterhause Mr. Gladstone selbst die Vertheidigung der Regierungspolitik. Beide gaben Erklärungen ab, welche von inneren Widersprüchen wimmeln und daher keineswegs befriedigen konnten. Herr Gladstone hält eben fest an der Theorie, daß weder England noch Egypten an der Behauptung des Sudan ein Interesse habe, daß es unmöglich sei, Egypten von London aus zu regieren, und daß die englische Occupation des Pharaonenlandes daher nur so lange zu dauern habe, bis die Schaffung einer stabilen Regierung im Lande selbst gelungen sei. Unter diesen Umständen verlieren die angekündigten und zum Theil auch schon in der Ausführung begriffenen Truppennachschübe, die bestimmt sind, das englische Occupationscorps auf eine der Situation angemessene Stärke zu bringen, ganz bedeutend an moralischem Effect, und überhaupt gewinnt man aus den Darlegungen Gladstone's und Granville's nicht den Eindruck, als habe die gegenwärtige englische Regierung das volle Bewußtsein von der auf ihr lastenden schweren Verantwortlichkeit. Im Oberhause haben denn auch die Erklärungen Lord Granville's ihre Wirkung gänzlich verfehlt, vielmehr wurde das von Lord Salisbury beantragte Tadelsvotum mit 181 gegen 81 Stimmen angenommen. Bei der Würdigung dieses Votums ist allerdings darauf Rücksicht zu nehmen, daß im Oberhause die Tories dominiren, ein Umstand, der die Tragweite des Coups wesentlich abschwächt; im Unterhause schwebt die Entscheidung noch; dasselbe hörte die Auseinandersetzung Gladstone's schweigend an und vertagte sich darauf. Nach den parlamentarischen Gepflogenheiten Englands erscheint dieser modus procedendi jedenfalls höchst bedenklich. Er constituirt eine indirecte Censur der Regierungspolitik seitens der Majorität, die schon in sehr vielen Fällen das Vorspiel zu der entscheidenden Niederlage gewesen ist. Die Existenz des Cabinets hängt jetzt nur noch an einem Spinnfaden, der jeden Augenblick zerreißen kann.

Landtag.

† Dresden, 13. Februar. Zweite Kammer. Sitzungsbeginn Vormittags 10 Uhr.

Am Regierungstische nahmen Platz Staatsminister von Nostitz-Wallwitz, die Geheimen Räthe von Einsiedel, Schmiedel, von Ehrenstein, Eppendorf, Charpentier, Böttger.

Die Tribünen sind thatsächlich überfüllt.

Auf der Tagesordnung stand die Schlußberathung über den Bericht der Finanzdeputation, Cap. 43 bis 62 des Etats der Ueberschüsse, das Departement des Innern betreffend. (Referent: Abg. von Oehlschlägel.)

Das erste Capitel der Vorlage, „Ministerium des Innern nebst Kanzlei“, gab dem Abg. Liebknecht Gelegenheit, dem Herrn Minister auf dessen gestrige Rede in Sachen des Knappschaftscassenwesens zu antworten. Seine — Liebknecht's — im Jahre 1876 im Reichstage gehaltene Rede, die der Herr Minister gestern berührte, habe den Zweck gehabt, die Interessen der Bergarbeiter in der Weise zu wahren, daß die Krankencassen von den Knappschaftscassen zu trennen seien. Er habe aber niemals gehetzt, sondern bei Differenzen zwischen Bergleuten und Werksbesitzern, wo man an seinen Rath gefragt, stets gerathen, nachzugeben. Sein Gesichtspunct über das Knappschaftscassenwesen habe sich seit 1876 geändert, das gestehe er offen zu. Er sei nicht unfehlbar und habe seinen Standpunct gewechselt, da er anders belehrt sei.

Redner kam dann auf die Attentatsprovocation des Polizeiagenten Wolf in London zu sprechen. Ein Seitenstück hierzu sei der „Fall Schmidt“ (den wir unlängst an anderer Stelle besprochen). Wenn ein Dresdner Blatt gemeint habe, durch die Entdeckung des Wiener Mörders Stellmacher habe die Dresdner Polizei die Scharte in Sachen Schmidt's wett gemacht, so theile er diese Ansicht nicht. Der Abgeordnete Büchner habe jüngst mit verwunderlicher Entrüstung von einer Broschüre gesprochen, die den Fall Müller behandele. Er wundere sich über diese Entrüstung. Denn die Broschüre enthalte nur Thatsachen und zeichne sich gegenüber dem Tone, den vor 30 Jahren die Liberalen in ihren politischen Schriften angeschlagen, durch „wunderbare Sanftmuth“ aus. Bei ihm und seiner Partei trete die Person zurück, sie bekämpften nur Systeme.

Schmidt habe gestohlen, betrogen und Urkunden gefälscht und sei flüchtig geworden. Trotzdem habe ihn die Polizei als ihren Spion benutzt und will von alledem keine Kenntniß gehabt haben.

Abg. Liebknecht will nun den Schriftenwechsel, den Schmidt mit dem Criminalrath Weller und dem Polizeicommissar Paul in Dresden von Zürich aus gepflogen, verlesen, die Kammer ertheilt hierzu aber die Genehmigung nicht.

Abg. Liebknecht fährt fort: Die Kammer würde anders urtheilen, wenn sie das Verlesen gestattet hätte. „Auf Verschwörungen lassen wir uns nicht ein! Die Revolutionen werden am grünen Tische gemacht! Wir machen keine Revolution! („Oho!“)

Präsident Dr. Haberkorn ertheilte dem Redner wegen dieser Aeußerung einen Ordnungsruf.

Abg. Liebknecht fortfahrend: „Die Unterstützungen Schmidt's seien aus dem Unterstützungsfonds für Beamte und deren Hinterbliebene genommen worden; denn Criminalrath Weller habe dem Spitzel Schmidt am 6. November 1882 geschrieben: „Wir haben nur einen kleinen Dispositionsfonds, der fast nur zur Unterstützung von unseren zahlreichen Beamten und den Hinterbliebenen solcher verwendet wird.“ Das sei der Grund, warum er den Fall bei diesem Capitel zur Sprache bringe. Am 5. September 1882 habe Weller an Schmidt geschrieben: „Ich habe für Sie wieder eine Summe von 75 ℳ locker gemacht.“ Woher? Wohl aus der Ministerialcasse? Dann wolle Weller von Schmidt auskundschaften: „wo die „Freiheit“ gedruckt und von wo aus sie vertrieben wird“. Am 26. August 1882 werde dem „Schnüffel“ durch Weller mitgetheilt: „Vom 14. nächsten Monats bis 20. werden wir hier in Sachsen zu den Manövern hohe Gäste bekommen.“ Ein merkwürdiger Zusammenhang mit dieser Andeutung sei es, wenn zur selben Zeit durch die Blätter die Mittheilung gegangen: „daß die Polizei einem gegen den Kaiser beabsichtigten Attentat auf die Spur gekommen und es hätten deshalb schon Haussuchungen bei hiesigen Socialdemokraten stattgefunden, und daß zu eben derselben Zeit Schmidt in Zürich sich angelegentlich erkundigte, „ob nicht ein Attentatsfonds existire, man müsse einem solchen gründen, meinte er, er sei sofort zu einem Beitrag bereit“. Er wolle nun nicht behaupten, daß die Dresdner Polizei ein Attentat habe künstlich veranstalten wollen, aber ermuthigt habe sie den Spitzel, zum Provocateur zu werden. Man solle nicht mit dem Feuer spielen! Der neueste Mord in Rußland ging von einer Person aus, welche die Polizei als Spion benutzte!

Das Verhältniß zwischen der Dresdner Polizei und dem Spion Schmidt sei schließlich etwas platonisch geworden. Weller habe demselben geschrieben: „er möge sich nach Berlin wenden, dort habe man entsprechende Mittel für solche Dienste und dort würden seine Notizen von Werth sein.“ Es sei ja wahr, in Berlin habe man für solche Dinge mehr Geld. Aber was habe man erreicht? „Wir haben zwanzig Mal mehr polizeiliche Geheimnisse erfahren ohne Geld!“

Zwischen der Schweiz und dem Reiche bestehe ein Auslieferungsvertrag. Warum habe man nicht die Auslieferung des steckbrieflich verfolgten Schmidt verlangt? Er wisse positiv, daß Schmidt wiederholt auf deutschem Boden mit der deutschen — er wolle nicht behaupten mit der sächsischen — Polizei verhandelt habe. Erst später habe man ihn gepackt und ihm den Proceß gemacht, bei der öffentlichen Hauptverhandlung aber mit größter Sorgfalt vermieden, das politische Gebiet zu streifen. Schmidt sei wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurtheilt worden. Er frage nun, ob dem Herrn Minister der Verkehr der Dresdner Polizei mit diesem Menschen bekannt sei? Er habe nicht erfahren, daß Weller abgesetzt worden, der Provocateur Weller habe vielmehr einen Orden bekommen.

Die Existenzberechtigung des Staats stehe auf einer unsittlichen Basis, wenn er sich solcher Mittel bediene, um den Staat aufrecht zu erhalten. Was habe man mit solchen Mitteln erreicht? „Wenn Sie in Deutschland noch keine Attentate haben, wie in Oesterreich, so ist das nicht der Polizei zu danken, sondern nur uns!“

Präsident Dr. Haberkorn: „Belästigen Sie die Geduld der Kammer nicht zu sehr!“

Abg. Liebknecht spricht weiter von der Angst vor dem rothen Gespenst und fragt: „Warum hat Stellmacher nicht in Deutschland geschossen, sondern in Wien? Wenn er in Deutschland —“

Präsident Dr. Haberkorn: „Gehen Sie nicht so sehr ins Allgemeine!“

Abg. Liebknecht ruft mit warnend erhobener Hand und erregter Stimme: „Divide morale!“ und fuhr dann fort: er wolle nun einen anderen Fall zur Sprache bringen.

Im Bundesrathe sei die Verlängerung des Belagerungszustandes über Leipzig beschlossen worden. Er werde seine Beschwerden in dieser Richtung im Reichstage vorbringen! Was habe man damit erreicht? Einige Personen habe man in ihrer Existenz geschädigt, Verbitterung habe man hervorgerufen! Die Agitation habe man in keiner Weise gestört, im Gegentheil sei sie größer geworden. Er und Bebel agitirten jetzt mehr als zuvor. Sie müßten thatsächlich sich ihren Familien entziehen, um ihre ganze Zeit der Agitation zu widmen. In der Umgegend von Leipzig Reben zu halten, hätten Vollmar, Bebel und er vollauf zu thun. „Wir haben auf das Socialistengesetz gepfiffen!“

Die Polizei sei zwar ein unerlaubtes Handwerk, er habe aber das Recht zu verlangen, daß man gegen die Socialdemokraten mit einem gewissen Plan, mit einem gewissen Verstande vorgehe.

Redner erörterte sodann in langathmiger Rede die im Mai v. J. in Leipzig erfolgte Verhaftung der Socialdemokraten Künzel, Kolisch und Lauschke und deren Ausweisung und schloß mit den verbitterten Worten: „Mit der Humanität des Staates ist es ebenso schlecht bestellt wie mit seiner Moral“!

Präsident Dr. Haberkorn ertheilte dem Redner wegen dieser und der vorausgegangenen Aeußerung: „Wir haben auf das Socialistengesetz gepfiffen“, den Ordnungsruf.

Staatsminister von Nostitz-Wallwitz constatirt, daß durch die Erklärung des Abgeordneten Liebknecht bewiesen sei, daß derselbe im Jahre 1876 vom sächsischen Knappschaftscassenwesen nichts verstanden hat und daß er sich, trotz dieser Unkenntniß, nicht gescheut hat, das Knappschaftscassenwesen zum Gegenstand der socialdemokratischen Agitation zu machen.

Die Schmidt'sche Angelegenheit anlangend, so mache ihm das von den Socialdemokraten in der Sache eingeschlagene Verfahren sein Amt außerordentlich leicht. Wenn die Angelegenheit geheim gehalten worden wäre, so würde das der Regierung vielleicht unbequem geworden sein, jetzt aber könne man die Ausgabe für die der Polizei geleisteten Dienste mit vollem Namen in das Budget einstellen und Jeder könne sehen, wo der Posten stehe. Die Verfassung habe übrigens derartige Fälle vorgesehen, denn in §. 99 heiße es:

„Ansätze für geheime Ausgaben können dabei (bei den Rechnungen an die Stände) nur insoweit vorkommen, als eine schriftliche, von mindestens drei verantwortlichen Ministerialvorständen contrasignirte Versicherung des Königs beygebracht, daß die Verwendung zum wahren Besten des Landes stattgefunden habe oder stattfinden werde.“

Er wolle nun ganz aufrichtig sein und erklären, daß er diese Ausgabe einstellen lassen werde als „außerordentliche Ausgaben für sicherheitspolizeiliche Maßnahmen“, damit Jeder sich überzeugen könne, und ein Denkmal bestehe an eine Zeit, wo man leider zur Sicherheit des Staats zu solchen Maßnahmen hat greifen müssen.

Die Geschichte lehre, daß es selbst in der Zeit der größten Revolutionen nicht ohne Kundschafter abgegangen, und jetzt in einer Zeit, wo man sich von socialdemokratischer Seite ganz offen zur Revolution bekennt, wo die Socialdemokraten keine Gelegenheit vorübergehen lassen, den Dynamitbrüdern und Meuchelmördern ihre Sympathien zu bezeigen, könne man der Kundschafter leider nicht ganz entbehren. („Sehr richtig!“)